

In diesen Tagen versammeln sich die Mitglieder der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte (GDNÄ) unter dem Motto „Wissen schafft Nutzen – Wissenschaft nutzen“ in Bremen (s. auch S. 1150). Der erste Teil dieses Mottos dürfte sehr leicht nachvollziehbar und akzeptabel sein: Kaum jemand wird bestreiten, dass Wissen generell nützlich und wertvoll ist, und auch wenn es manchmal verlockender scheint, den sprichwörtlichen Kopf in den Sand zu stecken (oder, wie man im Englischen sagt, „*ignorance is bliss*“ – Unwissenheit ist ein Segen). In der Tat vertritt eine deutliche Mehrheit aller Befragten laut dem Wissenschaftsbarometer <https://wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/#erhebung-2025> die Meinung, dass Wissenschaft „die beste Methode ist, um verlässliche Informationen über die Welt zu gewinnen“; nur acht Prozent der Befragten waren der Meinung, dass Wissenschaft und Forschung alles in allem mehr schaden als sie nützen.

Der zweite Teil des Mottos ist schon eine größere Herausforderung, da die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse, vor allem im Hinblick auf die großen Fragen unserer Zeit, wie Klimawandel, Bekämpfung und Kontrolle von Infektionskrankheiten oder auch dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz (um nur ein paar akute Beispiele zu nennen), nur auf gesellschaftlicher Ebene funktionieren kann – mit anderen Worten: hier kommt die Politik mit ins Spiel. Sehr oft, wenn Politik und Wissenschaft in einem Atemzug genannt werden, gesellt sich auch das Wort „Spannungsfeld“ dazu. Diese Spannung resultiert zumeist daraus, dass die Erkenntnisse, die von der Wissenschaft angeboten werden – zum Beispiel zur Bekämpfung des Klimawandels oder zur Eindämmung von Epi- und Pandemien – wenig Beifall in der Politik finden, weil sie ökonomische Leistungsparameter dämpfen können. Was nicht automatisch bedeutet, dass die Rolle der Wissenschaft auch von einer breiten Öffentlichkeit hier abgelehnt wird – im Gegenteil: Im bereits erwähnten Wissenschaftsbarometer waren nur 32 Prozent der Befragten der Ansicht, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich aus der Politik heraushalten sollen; in früheren Umfragen hatte etwa die Hälfte eine solche Zurückhaltung gefordert. Doch gleichzeitig fanden nur noch 50 Prozent aller Befragten, dass politische Entscheidungen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen sollten, das sind immerhin 8 Prozent weniger als im Umfragezeitraum von 2021 bis 2023.

Was Mittelwerte wie die eben genannten verschleiern können, ist das sich verschärfende Problem der *Polarisierung*, und auch das wurde in diesem Wissenschaftsbarometer angeschnit-



ten: Mehr als drei Viertel der Befragten (77 %) fanden, dass Meinungen in der Gesellschaft zunehmend auseinanderdriften. Kombiniert mit einem steigenden Informationsdefizit zum Thema Wissenschaft (nur noch ein Viertel der Befragten fühlte sich auf dem Laufenden über Neues aus der Wissenschaft, im Gegensatz zu 40 Prozent im Jahr 2023) entsteht hier eine Grauzone, in der Verschwörungstheorien ihren Nährboden finden: Schon vor drei Jahren hatte eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung beobachtet, dass die Bereitschaft, Verschwörungstheorien zu akzeptieren oder zumindest für wahrscheinlich richtig zu halten, bei rund 30 Prozent der Bevölkerung vorhanden war (2022 waren es 24 Prozent). Wohin das führen kann, zeigt – wie leider so oft in der jüngeren Vergangenheit – das Beispiel USA, wo mit Robert F. Kennedy jr. einer der prominentesten Verschwörungstheoretiker das Amt des Gesundheitsministers (und damit eine Kontrolle über erhebliche Finanzmittel der Gesundheitsforschung) errungen hat.

Und wer denkt, dass das „bei uns nicht“ passieren könnte, sei daran erinnert, dass eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2023 zu dem Ergebnis kam, dass speziell AfD-Wählerinnen und -Wähler deutlich stärker als andere Bevölkerungsgruppen dazu neigen, Verschwörungstheorien zu akzeptieren. Wie empfänglich solche Verschwörungsgläubigen für bessere und verlässlichere Informationen als „Gegengift“ sind, lässt sich angesichts der Datenlage noch nicht mal vermuten. Aber sicher ist, dass eine breite Mehrheit sich mehr Informationen von und über Wissenschaft wünscht: In einer Studie, die Anfang 2025 in *Nature Human Behavior* veröffentlicht wurde und an der auch die Universität Bonn beteiligt war, wünschten weltweit 83 % aller Befragten, dass Forschende mit der breiten Öffentlichkeit kommunizieren sollten. Eine Aufgabe, der sich die GDNÄ seit mehr als 200 Jahren und die *Naturwissenschaftliche Rundschau* seit mehr als einem Dreivierteljahrhundert bereitwillig stellen.

Jürgen Schönstein